

CHRONOLOGIE

Im nachfolgenden möchten wir die Ereignisse im "Chiapaskonflikt" kurz beschreiben und auch jedes Jahr weiter fortschreiben:

1974

Erster indigener Kongress in San Cristóbal de las Casas, organisiert von der Diözese von Bischof Samuel Ruiz.

1983

Sechs Personen gründen am 17. November die erste Zelle der EZLN im Lakandonischen Urwald.

1983 - 1994

Die EZLN organisiert während zehn Jahren klandestin die indigene Bevölkerung in den Regionen Norte, Altos und Selva.

1994

1. Januar 1994

Die EZLN besetzt die Bezirkshauptorte San Cristóbal de las Casas, Ocosingo, Altamirano, Las Margaritas, Oxchuc, Huixtán, Abasolo, Chanal und Larráinzar. Gleichzeitig mit dieser überraschenden Guerillaoffensive tritt Mexiko dem nordamerikanischen Freihandelsabkommen NAFTA bei.

2. Januar 1994

Subcomandante Marcos verliest in San Cristóbal die "Erste Erklärung aus dem Lakandonischen Urwald": "Heute sagen wir: es reicht!" Die Zapatistas begründen mit 13 Forderungen ihren Kampf: Arbeit, Land, Wohnung, Nahrung, Gesundheit, Bildung, Unabhängigkeit, Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit, Frieden, Information und Kultur; die EZLN nimmt den früheren Gouverneur von Chiapas, Absalón Castellanos, auf seinem Herrnsitz fest und macht ihm den Prozess als "einem der gewalttätigsten Gouverneure in der Geschichte von Chiapas"; sie lässt ihn einige Wochen später wieder frei mit der Strafe, "bis zum Ende des Lebens mit der Schande leben zu müssen".

2. - 11. Januar 1994

Bombardierung indianischer Gemeinden durch die Regierungstruppen. Es werden neben der Zivilbevölkerung auch Journalisten verletzt. Gewaltakte, Massenerschiessungen und Vertreibungen durch Bundesarmee und "Guardias Blancas" (Pistoleros der Grossgrundbesitzer); weltweite Proteste und Sympathiebekundungen für die Sache der Zapatistas.

12. Januar 1994

Hunderttausend Personen demonstrieren in Mexiko-Stadt gegen den Krieg in Chiapas; Präsident Salinas de Gortari ruft einen einseitigen Waffenstillstand aus.

Ende Januar 1994

Erste Demonstration anlässlich des WEF in Davos gegen die Anwesenheit des mexikanischen Präsidenten Salinas.

Februar / März 1994

Erste Friedensgespräche zwischen der Regierung und der EZLN unter Vermittlung von Samuel Ruiz.

6. - 9. August 1994

Treffen des "Nationalen Demokratischen Konvents" CND. Mehr als 6000 Personen treffen sich mit der EZLN im eigens dafür gebauten "Aguascalientes" in Guadalupe Tepeyac.

21. August 1994

Präsidentenwahlen: PRI-Kandidat Ernesto Zedillo wird in einer unsauberen Wahl neuer Präsident.

10. Oktober 1994

EZLN bricht Gespräche mit der Regierung ab.

19. Dezember 1994

Zweite militärische Offensive der EZLN; über tausend KämpferInnen durchbrechen den Sperrgürtel der Bundesarmee, vermeiden aber jeden bewaffneten Zusammenstoß; sie besetzten 38 Ortschaften und erklären sie zusammen mit der Lokalbevölkerung zu "autonomen aufständischen Gemeinden".

Dezember 1994

Eine der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrisen erschüttert das Land: Freigabe des Wechselkurses, Einbruch des Pesokurses um 40 %, massive Kapitalflucht.

1995

9. Februar 1995

Präsident Zedillo gibt die vermeintliche Identität von Subcomandante Marcos als Rafael Sabastian Guillén Vicente bekannt; Zedillo erlässt Haftbefehle gegen ihn und weitere Mitglieder der EZLN-Führung; Bundesarmee und Polizeieinheiten dringen in zapatistisch kontrollierte Gebiete ein und besetzen die Dörfer; die Zapatistas ziehen sich tief in den lakandonischen Urwald zurück, oft fliehen ganze Dorfgemeinschaften mit ihnen; es kommt nicht zu einer Konfrontation zwischen den beiden Armeen.

Februar / März 1995

In Mexiko und weltweit finden wiederum grosse Mobilisierungen gegen den Krieg in Chiapas statt. Die Öffentlichkeit zwingt den Präsidenten Zedillo, die Militäroffensive zu beenden.

April 1995

Vorbereitungen für weitere Friedensverhandlungen.

Sommer 1995

Die Bundesarmee beginnt mit der Ausbildung der Paramilitärs in Chiapas; "Paz y Justicia" ermorden und vertreiben Oppositionelle in der Zona Norte.

August 1995

1.3 Millionen MexikanerInnen sprechen sich bei der ersten "Nationalen Befragung für den Frieden und die Demokratie" dafür aus, dass sich die EZLN in ein "landesweites, unabhängiges politisches Forum" umwandelt.

1996

1. Januar 1996

Die EZLN ruft als Antwort auf die nationale Befragung die "Zapatistische Front der Nationalen Befreiung" ins Leben, politischer und ziviler Ausdruck der zapatistischen Bewegung.

16. Februar 1996

Bei den Verhandlungen von San Andrés wird ein erstes Abkommen über "Indigene Rechte und Kultur" unterzeichnet. Der erste Verhandlungstisch (von insgesamt sieben) wurde somit beendet. Eine zweite Verhandlungsrunde scheitert im August desselben Jahres u. a. weil das erste Abkommen nicht umgesetzt wird.

29. Juli bis 3. August 1996

Erstes "Intergalaktisches Treffen für die Menschlichkeit und gegen den Neoliberalismus" mit über 3000 Leuten aus 54 Ländern findet in den zapatistischen Gemeinden statt.

10. - 12. Oktober 1996

Erster "Nationaler Indigener Kongress" in Mexiko Stadt, an dem Comandante Ramona als Delegierte der EZLN teilnimmt.

November / Dezember 1996

Die Parlamentskommission COCOPA legt ihren Gesetzesentwurf über die indigenen Rechte und Kultur vor, der von der EZLN akzeptiert, von Zedillo jedoch abgelehnt wird. Zedillo macht einen eigenen Vorschlag, der mit den ursprünglichen Abkommen von San Andrés nicht mehr viel zu tun hat.

1997

16. Januar 1997

Die Zapatistas lehnen den Vorschlag von Zedillo zu den indigenen Rechten ab. Die Friedensverhandlungen sind weiter unterbrochen.

29. Juli bis 3. August 1997

Zweites "Intergalaktisches Treffen für die Menschlichkeit und gegen den Neoliberalismus" in Spanien. Die WTO und andere Institutionen des Neoliberalismus werden Thema.

9. September 1997

Marsch von 1111 vermummten Zapatistas nach Mexiko Stadt, um die Umsetzung der Abkommen von San Andrés zu fordern und am zweiten "Nationalen Indigenen Kongress" teilzunehmen.

August – Dezember 1997

Immer mehr autonome zapatistische Bezirke praktizieren offen ihre Selbstverwaltung und setzen so die Abkommen von San Andrés de facto um. Die Übergriffe der Paramilitärs mehren sich, nun auch in den Altos. Hunderte von Familien werden vertrieben.

22. Dezember 1997

Massaker in Acteal im Bezirk Chenalhó: 45 Menschen werden von Paramilitärs erschossen oder niedergemetzelt. Polizei und Militär bleiben untätig. Der lokale PRI-Gemeindepräsident wird verhaftet, der Gouverneur von Chiapas und der Innenminister müssen den Hut nehmen, werden jedoch nicht zur Verantwortung gezogen. Insgesamt sind 20'000 Leute durch die paramilitärische Gewalt intern vertrieben.

1998

Januar 1998

Weltweite Solidaritätskundgebungen in der Folge des Massakers von Acteal: in Rom demonstrieren 50'000 Leute, in Zürich 500. In Genf wird das mexikanische Konsulat besetzt.

Januar – Juli 1998

Die Bundesarmee fällt in mehreren autonomen Bezirken ein und verhaftet die Ratsmitglieder. Die autonomen Verwaltungen funktionieren klandestin weiter.

Februar / März 1998

Die europäische Solibewegung organisiert die "internationale Kommission zur Beobachtung der Menschenrechte", die die Konfliktentwicklung vor Ort recherchiert und einen Bericht der UNO und verschiedenen Parlamenten übergibt.

Mai 1998

Eine italienische Beobachtungs-Delegation von 120 Leuten wird aus Mexiko ausgewiesen.

10. Juni 1998

Bei der Räumung des autonomen Bezirks San Juan de la Libertad (El Bosque) werden in einem Feuergefecht acht Dorfbewohner und zwei Polizisten getötet. Die genauen Umstände der Schiesserei bleiben bis heute unklar.

19. Juli 1998

Mit der "Fünften Erklärung aus dem Lakandonischen Urwald" bricht die EZLN ihr monatelanges Schweigen und ruft zur "Nationalen Befragung gegen den Krieg der Ausrottung" auf.

1999

21. März 1999

An der "Nationalen Befragung" werden fast 3 Millionen Stimmen abgegeben und somit die politischen Forderungen der indigenen Bewegung legitimiert. 5000 Zapatistas begleiteten und promovierten die "Consulta" im ganzen Land.

April – Juli 1999

Die Bundesarmee intensiviert den "Krieg niederer Intensität" mit immer neuen Übergriffen auf indigene Gemeinden.

14. August 1999

Die Bundesarmee besetzt unter Einsatz von Fallschirmjägern ein Landstück beim Dschungeldorf Amador Hernández und hält somit eine weitere Position am Eingang des Naturschutzgebietes "Montes Azules", wo sich die Truppen der EZLN versteckt halten. Die widerständige Bevölkerung demonstriert über ein Jahr lang täglich gegen das Militärcamp.

15. - 25. November 1999

Zweite "internationale Kommission zur Beobachtung der Menschenrechte" analysiert den Konfliktverlauf und übergibt den Bericht Mary Robinson, der UNO-Sonderbeauftragten für Menschenrechte.

2000

Januar – Juli 2000

Angespanntes Wahlkampfklima. Die EZLN befürchtet einen militärischen Schlag des scheidenden Präsidenten Zedillo.

12. Juni 2000

In El Bosque gerät eine Polizeistreife in einen Hinterhalt. Sieben Polizisten werden getötet, zwei weitere Personen verletzt. Die Urhebererschaft wird unter den Paramilitärs vermutet, verhaftet werden jedoch zwei Zapatistas.

2. Juli 2000

Die PRI wird bei den Präsidentschaftswahlen nach 71 Jahren an der Macht durch Vicente Fox von der konservativen PAN besiegt. Die sozialdemokratische PRD verliert an Gewicht. PRI und PAN dominieren zusammen auch die Parlamentskammern.

1. Dezember 2000

Vicente Fox übernimmt die Macht und ordnet die Auflösung der Militärsperren auf den Strassen von Chiapas an.

2. Dezember 2000

Die Zapatisten verkünden: "Die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen der Regierung und der EZLN ist möglich". Vor der Wiederaufnahme des Dialogs verlangen sie allerdings die Erfüllung von drei minimalen Bedingungen als Zeichen für ehrliche Gesprächsbereitschaft von Seiten der Regierung: Die Verabschiedung der COCOPA-Gesetzesinitiative über indigene Rechte und Kultur (Abkommen von San Andrés), die Freilassung der zapatistischen Gefangenen in Chiapas und anderen Bundesstaaten sowie den Rückzug der Bundesarmee aus sieben von insgesamt 259 militärischen Positionen im Konfliktgebiet.

22. Dezember 2000

Die Bundesarmee zieht sich aus der ersten der sieben Positionen, deren Räumung die EZLN fordert, zurück: Amador Hernández.

31. Dezember 2000

Nahe Oventic besetzt eine Demonstration von 700 Zapatistas einen Militärstützpunkt, der eine halbe Stunde nach ihrem Abzug geräumt wird. Die Feiern zum Jahrestag des Aufstandes verlaufen ruhig.

2001

Jahresbeginn 2001

Zapatistische Mobilisierungen erreichen den Rückzug der mexikanischen Bundesarmee aus zwei ihrer 259 Positionen. Nach der Räumung des umstrittenen Militärcamps von Amador Hernandez am 22. Dezember, gegen das die Dorfbevölkerung seit der militärischen Besetzung im August '99 täglich demonstriert hatte, protestierten am 31. Dezember frühmorgens 700 zum Teil verummte Zapatistas gegen das Militärcamp von Jolnachoj. Die 200 dort stationierten Soldaten wurden zum unverzüglichen Abzug aufgefordert. Nach einer halbstündigen Kundgebung in angespannter Atmosphäre zogen die Demonstrierenden in das fünf Minuten entfernte Aguascalientes Oventic ab, um dort die Feiern zum siebenjährigen Jubiläum des zapatistischen Aufstandes zu beginnen. Kurz darauf packten die Soldaten ihre Sachen und zogen ab - anscheinend auf direkten Befehl des neuen Präsidenten Fox, der eine Konfrontation mit den Demonstrierenden vermeiden wollte.

Die Freilassung der zapatistischen Gefangenen, ebenfalls eine Vorbedingung der EZLN, kommt langsam voran. Am 30. Dezember wurden 16 freigelassen, aber weitere 85 Gefangene warten auf das Resultat der Haftüberprüfung, die der neue chiapanekische Gouverneur Pablo Salazar angeordnet hat.

Im nationalen Parlament wird das erste Abkommen über indigene Rechte und Kultur in den folgenden Wochen diskutiert werden. Die Erfüllung dieses Abkommens von San Andrés ist der dritte Punkt für die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen.

Zur selben Zeit veröffentlicht der Nationale Sicherheitsrat der USA, eine Abteilung des CIA, seinen Bericht "Globale Tendenzen 2015". Nach Einschätzung des CIA steht Lateinamerika einer neuen Bedrohung gegenüber: den indigenen Widerstandsbewegungen: "Diese Bewegungen haben großen Zuwachs zu verzeichnen. Erleichtert wird dies durch transnationale Netzwerke von Aktivisten, die für die Rechte der Indígenas eintreten, durch internationale, gut finanzierte Menschenrechts und Ökologiegruppen". Außerdem sagen die Experten voraus, daß sich die "Spannungen im Gebiet von Mexiko bis über die Amazonas-Region verschärfen werden".

5. Januar 2001

Im Militärlager Roberto Barrios scheinen die Soldaten von Roberto Barrios auf alles vorbereitet zu sein, außer auf einen Abzug aus diesem Stützpunkt, der im Februar 1996 eingerichtet wurde und weniger als einen Kilometer vom Aguascalientes der EZLN entfernt liegt. Ein doppelter Zaun aus Stacheldraht wurde um das gesamte Militärgelände von Roberto Barrios errichtet: Er schützt die Einrichtungen, verhindert das Eintreten fremder Personen und kennzeichnet das Gebiet, das von der mexikanischen Armee besetzt wird. Nach den Ereignissen von Jolnachoj, wo unbewaffnete Demonstranten die Armee zum Rückzug gezwungen hatten, wurde er zusätzlich verstärkt.

Die Befehlshaber der Militäreinrichtung weisen auf den Präsidenten: "Der Befehl lautet zu bleiben, zu halten und sich nicht zurückzuziehen", versicherte General Lopez. Pedro, EZLN-Sympathisant meint, daß Präsident Fox die Mexikaner betrügt, wenn er sagt, daß diese Kontrollpunkte nicht länger existierten: "Sehen Sie, hier sind sie, sie überwachen weiter alle Zapatisten, fotografieren die Fremden, und unsere Fahrzeuge werden angehalten und durchsucht, so wie immer. Nichts hat sich verändert."

9. Januar 2001

Etwa 69 ehemalige Spitzel, die für die PRI in Chiapas als Mitarbeiter der "Koordination für Information und Politische Analyse" tätig waren, wurden bei der Eliminierung des alten Überwachungsapparates durch den neuen Gouverneur Pablo Salazar Mediguchia entlassen. Aus Protest gegen ihre Entlassung verkaufen sie ein Interview an eine Tageszeitung und erzählen, daß die Koordination etwa 90 Mitarbeiter hatte: Vier Rezeptionisten, acht Analytiker zur Informationsauswertung, mehr als 50 "Ermittler" in allen Regionen des Staates und 12 "Sammler", die die täglichen Berichte abfingen. 251 Dossiers mit je mehr als 200 Seiten Umfang bezeugen das Ausmaß dieser Tätigkeit.

Bereits 1993 leiteten diese aus den Gemeinden angeworbenen Agenten Informationen über die Bewegungen bewaffneter Gruppen in Las Margaritas und Ocosingo an die Regierung weiter, die diesen jedoch keine Beachtung schenkte. Zu ihren Aufgaben gehörte auch die ständige Beschattung von Bischof Samuel Ruiz.

Sie infiltriertensämtliche politische und landwirtschaftliche Organisationen und autonome Gemeinderegierungen und führten detaillierte Berichte über diese Aktivitäten: "Wir erfaßten alles: Märsche, Todesfälle, Konferenzen, interne politische Bewegungen jeder Gemeinde, Wahlergebnisse, einfach alles", erzählt ein ehemaliger Ermittler. Als Stichprobe seines Könnens legt ein anderer Informationen über Subcomandante Marcos' Privatleben vor.

10. Januar 2001

Mehr als 20 der 53 "geräumten" Militärbefestigungen in den Gemeinden von Ocosingo, Palenque und Las Margaritas sind in ihre Stützpunkte zurückgekehrt. Die Bewohner der autonomen Gemeinden berichten über erneute Belästigungen und Schikanen der Militärs. Das Schicksal der zwei "verhafteten" Zapatisten der Kooperative "Tierra y Libertad" ist nicht bekannt, in der Gemeinde Primero de Enero wurden die Bewohner von Jawaltón von einer Gruppe Soldaten in Zivilkleidung bedroht. Die Soldaten vergiften das Wasser des Flusses mit Asuntol, einem Desinfektionsmittel für Rinder, und streuen Marijuanasamen auf die Kaffeefelder. In Roberto Barrios werden nachts Militärübungen durchgeführt und Schüsse in Richtung der zapatistischen Gemeinden abgefeuert.

Der Oberbefehlshaber des VII. militärischen Distriktes gibt bekannt, daß sich seit Jänner bereits 500 Soldaten aus Chiapas zurückgezogen hätten, daß die Armee aber weiterhin bleiben würde, um andere wichtige Pflichten "außer" der Bekämpfung der EZLN wahrzunehmen, die da wären: die Bekämpfung des Drogenhandels, der Grenzschutz und der liebevolle Schutz des Naturschutzgebietes von Montes Azules, um die illegale Abholzung zu unterbinden.

Am selben Tag wird die Militärbasis in Cuxulja im Glanzlicht der Öffentlichkeit geräumt. 20 lateinamerikanische Botschafter klatschen gehorsam Beifall.

Friedensbotschafter Alvarez strahlt: "Die Regierung spricht nicht mit Worten, sondern Taten". Die Schau stehlen aber die fast tausend zapatistischen Demonstranten, die sich versammelt haben, um gegen die wirkliche Situation zu protestieren. In einem Kommuniqué denunzieren sie die Lügen der Regierung und erinnern daran, daß sie sich nicht gegen die PRI erhoben haben, sondern gegen das System, das sie erniedrigt und dem Vergessen preisgibt. Der Krieg gegen das Vergessen wird weitergehen, bis die Indígenas in Mexiko anerkannt und nie wieder vergessen werden. Es wird keinen Dialog geben, solange die Regierung nicht bewiesen hat, daß sie zumindest die drei Minimalforderungen ehrenhaft erfüllen

kann. Ob die Botschafter sich nicht mal den wahren Stand der Militarisierung aus der Nähe ansehen wollten? Antwort: "Das ist im Programm nicht vorgesehen."

Fox verkündet seine Teilnahme am Wirtschaftsgipfel in Davos. Eine großangelegte Medienkampagne soll das Image Mexikos vor den europäischen Partner verbessern.

12. Januar 2001

Die zwei verschwundenen Zapatisten der Kooperative "Tierra y Libertad" seien nicht verschwunden, sondern verhaftet worden, wird offiziell erklärt. Ihnen wird zu Lasten gelegt, an einem geplanten Angriff beteiligt gewesen zu sein. Vier weitere zapatistische Gefangene werden freigelassen.

Fast 12.000 indigene EZLN-Sympathisanten fordern in San Cristóbal de las Casas die Erfüllung der drei Forderungen für die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen. In einer der größten Demonstrationen der letzten Jahre mahnen die rebellischen Indígenas: "Sieben Jahre nach unserem Aufstand gegen das Vergessen und dem Rassismus, nach sieben Jahren des Widerstandes und des Kampfes für Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit für alle, sagen wir Ihnen, dass der Krieg und der Tod in weiterhin unseren Dörfern leben, weil die Militarisierung und Paramilitarisierung bis heute weitergeht und keine unserer Forderungen erfüllt worden sind".

25. Februar - 28. März 2001

Mit einer spektakulären Reise der EZLN-Führung nach Mexiko-Stadt wird die Umsetzung der 1996 beschlossenen Verträge von San Andrés gefordert. In einer Phase, in der die Regierung auf Propagandaoffensiven, Zermürbung durch scheinheilige Verhandlungen und militärische Repression setzt, wendet sich die EZLN mit diesem Marsch an die Zivilbevölkerung, um den demokratischen Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Hunderttausende Menschen begrüßen die Delegation, die auf ihrem Weg durch die massive Anwesenheit in- und ausländischer Friedensbeobachter geschützt wird, immer wieder Halt in indigenen Dörfern macht und auch am "Nationalen Indigenen Kongreß" in Michiöcan teilnimmt. Den Abschluß der Reise bildete der Auftritt der zapatistischen Comandantes im mexikanischen Kongreß. Als erste Rednerin betonte Comandante Ester die dreifache Unterdrückung der indigenen Frauen.

19. April 2001

Neues Massaker der Paramilitärs: Im Bezirk "Venustiano Carranza" überfällt die "Alianza San Bartolomé de Los Llanos" eine Gruppe Landarbeiter, die der BäuerInnenorganisation "OCEZ-Casa del Pueblo" nahestehen. Zwei Bauern können fliehen, acht werden ermordet.

April 2001

Als Reaktion auf den zapatistischen Marsch verabschiedet die Regierung ein "Autonomiegesetz". Menschenrechtsgruppen, Indigener Kongreß und EZLN lehnen dieses Gesetz vehement ab, da es die Autonomie beschneidet, anstatt sie zu fördern.

Die EZLN wirft Fox Verrat und Täuschung vor, fordert die Umsetzung der Vereinbarungen von San Andrés anstatt "dieser Anerkennung der Rechte und Kultur der Großgrundbesitzer" und bricht sämtliche Gespräche mit der Regierung ab.

Mai 2001

Weiterhin nimmt die Militärpräsenz in Chiapas zu. Die unter Medienrummel geräumten Kasernen und Stützpunkte sind wieder besetzt, Straßensperren und -kontrollen werden wieder errichtet. Neue Straßen sollen die Militärlager am Rande des Lakandonischen Urwalds miteinander verbinden und so den Belagerungsring rund um das zapatistische Gebiet zuschnüren. In San Pedro de Michoacán beginnen die Einwohner von Guadalupe Tepeyac in aller Stille die Arbeiten zum Wiederaufbau der Gemeinde, aus der sie vor sechs Jahren von der Armee vertrieben wurden.

Juni 2001

Zum erste Mal gibt das Militär zu, Spezialtruppen zur Aufstandsbekämpfung durch guatemaltekeische Spezialkräfte (die sog. Kaibiles) ausbilden zu lassen, dies der Öffentlichkeit jedoch aufgrund des "schlechten Rufs" der Kaibiles verschwiegen zu haben. Die Kaibiles werden für unzählige Verbrechen gegen die Menschenrechte während des 30 Jahre dauernden Bürgerkriegs in ihrem Land verantwortlich gemacht.

Oktober 2001

Bei den Regionalwahlen in Chiapas kommt es zu Stimmenthaltungen von knapp 60%. Beobachter berichten von massiven Wahlrechtsverletzungen, gefälschten und verschwundenen Stimmzetteln, Stimmenkauf und Manipulation. Das offizielle Ergebnis bestätigt die absolute Mehrheit der PRI bei leichten Zugewinnen für die Oppositionsparteien.

November 2001

Die Menschenrechtsanwältin Digna Ochoa wird ermordet.

2002

Februar / März 2002

Eine dritte internationale Kommission aus Menschenrechtsbeobachtern reist nach Mexico. Ihr ernüchterndes Resümee sieht auch nach Fox' Amtsantritt keine Verbesserungen der Situation, andauernde Verletzungen der Menschenrechte und keinerlei Anzeichen der Regierung, an einer friedlichen Lösung interessiert zu sein.

April 2002

Mehr als 1.500 Familien aus 30 indigenen Gemeinden sollen aus ihren Dörfern in Montes Azules vertrieben werden. Die mexikanische Regierung verweist darauf, daß es sich um ein Naturschutzgebiet handle, dessen Gleichgewicht gefährdet sei. Der internationale Protest gegen die Vertreibung erreicht Präsident Fox beim Weltwirtschaftsgipfel in Madrid, während er seine Pläne zur Ausbeutung der Rohstoffe und Abholzung des Regenwaldes präsentiert.

Mai 2002

Die Gewalt in den bitterarmen Gemeinden im Süden Mexicos eskaliert. In Santiago Xochiltepec (Oaxaca) werden 26 Bauern auf einer entlegenen Landstraße angehalten und niedergemetzelt. Beim Menschenrechtszentrum Bartolomé Carrasco macht man vor allem staatliche Versäumnisse für die Massaker verantwortlich. Den Behörden sei es nicht gelungen, ungeklärte Landforderungen zwischen Kleinbauern und Holzfällern zu schlichten und in den verarmten südlichen Bundesstaaten Oaxaca, Chiapas und Guerrero für Recht, Ordnung und Gerechtigkeit zu sorgen.

August 2002

Ein Sieg für die Bauern von San Salvador Atenco: Acht Monate lang kämpften die Bewohner und Bewohnerinnen der nordöstlich der mexikanischen Hauptstadt gelegenen Gemeinde gegen einen geplanten Großflughafen auf ihrem Boden. Rund 70 Prozent des Bodens der Kommune sollten Start- und Landepisten, Parkplätze und Einkaufszentren weichen, 345 Wohnhäuser wären dem Erdboden gleichgemacht worden.

Also wehrten sich die Bauern und Bäuerinnen. Sie ernannten Atenco zur "autonomen Gemeinde im Widerstand", verjagten die örtliche Polizei sowie den Bürgermeister, der sich für den Bau ausgesprochen hatte, organisierten Autobahnblockaden, Demonstrationen und zahlreichen andere Aktionen gegen das Vorhaben der Regierung. Mitte Juli kam es sogar zu einer vorübergehenden Geiselnahme von neun Polizisten und Gefängnisbeamten, nachdem die Polizei ihrerseits mehrere Bauern verhaftet und zum Teil schwer mißhandelt hatte. Für den Bauern José Enrique Espinoza, vierfacher Familienvater, Bauern kam der Geiseltausch zu spät: Er starb an den erlittenen Kopfverletzungen, da ihm im Gefängnis jede ärztliche Betreuung verweigert worden war.

September 2002

Das höchste mexikanische Gericht, der Suprema Corte de Justicia de la Nación, schmettert die Einsprachen von 330 indigenen Gemeinden gegen das "Ley Indigena Light" ab. Damit soll auch den neoliberalen Grossprojekten im Rahmen des "Plan Puebla-Panama" Tür und Tor geöffnet und den indigenen Gemeinden kein legaler Rahmen des Einspruchs gestattet werden.

Der Kleinkrieg der Paramilitärs gegen die autonomen Gemeinden geht verstärkt weiter und fordert im Monat August vier Tote und über zwanzig Verletzte.

Dezember 2002

Die von der Räumung durch Militär und Polizei bedrohten Gemeinschaften in Montes Azules bitten die EZLN um Unterstützung. Die 42 räumungsbedrohten Siedlungen, in denen etwa 25.000 meist zapatistische Indigenas wohnen, haben sich dazu entschieden, in den Montes Azules zu bleiben, "auch wenn dies ihr Leben kosten sollte". In seiner Antwort warnt Marcos die Regierung, daß die EZLN im Fall von Auseinandersetzung ihre Kriegserklärung nicht erst wiederholen würden.

2003

1. Januar 2003

Nach zweijährigem Schweigen meldet sich die EZLN wieder in der Öffentlichkeit. Mehr als 20.000 Indigenas und Campesinos besetzen mit einer Großdemonstration den völlig überfüllten Hauptplatz von San Cristóbal de las Casas, um die Botschaften der Comandantes zu hören. "Wir kommen um ihnen zu sagen, dass wir hier sind und weiterhin leben. Wir haben uns nicht ergeben. Wir sind weder gespalten noch zerstritten", wenden sich die Comandantes gegen "die Lügen der schlechten Regierung". "Dieser Kampf hat kaum begonnen", sagt David in der letzten Ansprache der zapatistischen Comandantes: "Zünden wir ein großes Licht an, damit die Völker sehen, daß wir die Rebellion weiterführen."

Januar 2003

12 nationale und regionale Organisationen land- und forstwirtschaftlicher Produzenten schließen sich zur Bewegung "El Campo no aguanta más" (Mehr erträgt der ländliche Raum nicht) zusammen.

Februar 2003

Zehntausende Bauern demonstrierten am 1. Februar 2003 in Mexiko-Stadt gegen Teile des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (Nafta). Sie verlangten, dass die Agrarvereinbarungen zwischen Kanada, den USA und Mexiko neu verhandelt werden, denn ihre eigene Landwirtschaft ist gegen die US-Konkurrenz chancenlos. Präsident Vicente Fox traf eine Abmachung mit mehreren Bauernverbänden und schuf eine "Kommission" für den Dialog mit der indigenen Bevölkerung. Seine Wirtschaftspolitik führte er unverändert fort. Der Puebla-Panama-Plan für die Entwicklung des mexikanischen Südens und Mittelamerikas wird die massive Abwanderung nach Norden aber nur noch verstärken.

Regierung entwickelt Plan gegen EZLN Anhänger, wie Zeitung La Jornada, am 1. Februar 2003 schreibt: Die Bundesregierung hat in den letzten Monaten einen "Aktionsplan" entwickelt, um Mitglieder und Sympathisanten der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung in der Einflusszone der bewaffneten Bewegung festzunageln, einzuschränken, zu leugnen, zu diskreditieren und gerichtlich zu verfolgen.

Rückkehr von Gewalt und Furcht in Chiapas, La Jornada, 6. Februar 2003: Auf einmal sind die Gewalt und ihre Schreckgespenster wieder da. Was sagt es über die Lage aus, wenn der Bischof von San Cristóbal de las Casas, Felipe Arizmendi, und der Generalstaatsanwalt von Chiapas, Mariano Herrán, darin übereinstimmen die mexikanische Armee zu rufen um in gewisse indigene Regionen die Ordnung wiederherzustellen? Und wenn das State Department in Washington Gouverneur Pablo Salazar Mendiguchía auffordert das Militär zu mobilisieren, um in einer bestimmten zapatistischen Gemeinde die Ordnung wiederherzustellen und die angeblich bedrohten Interessen von US Bürger zu beschützen? Amnesty kritisiert Mexiko

Vor dem Deutschland-Besuch des mexikanischen Staatspräsidenten Vicente Fox hat amnesty international gegen anhaltende Menschenrechtsverletzungen in dem Land protestiert. Trotz einiger Fortschritte seien Folter, Misshandlungen und willkürliche Verhaftungen auf Mexikos Polizeistationen

weiter an der Tagesordnung, erklärte die Organisation in Berlin. Auch würden Menschenrechtsaktivisten weiter bedroht und ermordet. Die Verantwortlichen für Folter und politischen Mord bleiben laut amnesty zumeist straffrei. Fox habe die versprochene Justizreform nicht umgesetzt, sondern mindestens 14 hohen Militärs wichtige Posten in der Justiz verschafft. Angesichts der "zunehmenden Militarisierung der Justiz" zweifelt amnesty am Willen der Regierung, die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen.

April 2003

Lino Korrodi, der Mann, der sich um die Finanzierung der Wahlkampagnen von Vicente Fox kümmert, seit dieser Gouverneurskandidat für den Bundesstaat Guanajuato war, gibt zu, daß Fox die Präsidentschaftswahl ohne das für seine Wahlkampagne benutzte Schwarzgeld nicht gewonnen hätte.

Juli 2003

Mexikanischer Denkwort für Fox: Bei den Parlamentswahlen in Mexiko kann die vor drei Jahren abgeschriebene PRI ein halbes Comeback feiern. Die konservative Partei des Präsidenten Vicente Fox verliert weitere Mandate, die linkssozialdemokratische PRD gewinnt hinzu. Nicht immer sind es jedoch die Mehrheitsverhältnisse, die echte Reformen verhindern: ein Gesetzesentwurf über Rechte der indigenen Völker, der eine Befriedung des so genannten Chiapas-Konflikts ermöglicht hätte, wurde im Parlament bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt - und zwar durch alle Fraktionen.

(taz vom 08.07.2003)